



KANTONSratsPROTOKOLL

Sitzung vom 30. Januar 2023
Kantonsratspräsident Born Rolf

A 1050 Anfrage Nussbaum Adrian namens der Mitte-Fraktion über die Entschädigungen strategischer Organe ausgelagerter Einheiten im Kanton Luzern / Gesundheits- und Sozialdepartement

Die Anfrage A 1050 wurde auf die Januar-Session hin dringlich eingereicht. Der Regierungsrat lehnt die dringliche Behandlung ab. Adrian Nussbaum hält an der Dringlichkeit fest.

Adrian Nussbaum: Ausschlaggebend für die dringliche Einreichung meiner Anfrage ist die Tatsache, dass dieses Thema ein aussergewöhnlich hohes politisches Gewicht hat und die Öffentlichkeit von unserem Rat eine umgehende politische Stellungnahme erwartet. Ich gehe davon aus, dass ich nicht der Einzige im Rat bin, der relativ häufig auf den Lohn des Verwaltungsratspräsidenten des Luzerner Kantonsspitals angesprochen worden ist. Diese Bürger erwarten von der Regierung eine Erklärung und von uns eine Stellungnahme. Ich bitte Sie, der Dringlichkeit zuzustimmen.

David Roth: Die SP-Fraktion erachtet die gestellten Fragen als interessant und wichtig. Tatsache ist aber, dass die Dringlichkeitskriterien nicht erfüllt werden und die Fragen im Rahmen der traktandierten Beteiligungsstrategie besprochen werden können. Zudem können wir nicht von heute auf morgen etwas ändern, schon gar nicht mit einer Anfrage. Wir schlagen dem Anfragenden vor, sich diesbezüglich mit uns auszutauschen, auch um die Verantwortung des Kantonsrates wahrzunehmen und der Regierung Vorgaben zu machen. Wir kommen gerne auf die Mitte zu, lehnen die Dringlichkeit jedoch ab. Auch wir wurden von Bürgern und Bürgerinnen angesprochen, insbesondere von solchen, die in der Pflege arbeiten und schon lange auf eine Lohnerhöhung warten.

Heidi Scherer: Es sind interessante und wichtige Fragen, die eine baldige Antwort verdienen. Aber die Dringlichkeitskriterien sind nicht erfüllt. Daher lehnt die FDP-Fraktion die Dringlichkeit ab.

Reto Frank: Die SVP-Fraktion unterstützt die baldige Beantwortung der Anfrage. Wir lehnen die Dringlicherklärung jedoch ab. Es handelt sich um systembezogene organisatorische Fragen, die aber nicht sofort beantwortet werden müssen.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf.

Guido Graf: Ich erlaube mir eine Vorbemerkung an Adrian Nussbaum: Nicht jede in der Zeitung publizierte Zahl ist korrekt. Ich bitte Sie im Namen der Regierung, die Dringlicherklärung abzulehnen, da die Dringlichkeitskriterien nicht erfüllt sind.

Der Rat lehnt die dringliche Behandlung mit 69 zu 47 Stimmen ab. Die nötige Zweidrittelmehrheit wurde nicht erreicht.